



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 11.11.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Auswirkungen der Corona-Pandemie - Bericht zum aktuellen Stand

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBM **Seigfried**, Frau **Schmetz** und Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) sowie Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) berichten über den aktuellen Stand anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** geht auf die Inzidenzzahlen ein. Ludwigsburg habe hinsichtlich der Maskenpflicht eine Sonderregelung. Der Kreis habe für die Quarantäneüberwachung um Hilfe nachgesucht. Ludwigsburg werde hierfür 9 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen. Kleinere Kommunen haben diesbezüglich über ein positives Feedback aus der Bürgerschaft berichtet. Weiter weist er auf die hohe Transparenz der Kliniken hin. Zudem gebe es Vorüberlegungen zu Impfungen und Standorten für ein mögliches Impfzentrum. Momentan gebe es allerdings noch kein zugelassenes Medikament. Durchaus spürbar sei in der Verwaltung die Reduktion aufgrund infizierten Personals beziehungsweise Quarantäneanordnungen. Weiter berichtet EBM Seigfried, dass der Rückstand bei den Geburtsbescheinigungen beim Standesamt zwischenzeitlich aufgearbeitet sei. Hinsichtlich der Pandemie müsse man weiterhin Kontakte einschränken um Übertragungswellen zu reduzieren. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** geht auf einzelne erlaubte Sportarten ein. Weiter fragt er nach einer Kontrolle der Nutzung von Sportanlagen für kleinere Gruppen. Zudem spricht er die ungute Situation der Schülerbeförderung an.

Die Themen Stoßlüftung, Luftfiltergeräte und Maßnahmen zur Verbesserung an den Schulen sowie Leihgeräte spricht Stadtrat **Heer** an. An den Schulen müsse das Risiko minimiert werden. Mobile Geräte könnten an den Schulen eingesetzt werden. Hier könne er sich auch eine Kostenbeteiligung der Eltern vorstellen und fragt, ob ein Einsatz dieser Geräte angedacht sei.

Stadtrat **Müller** berichtet aus einer anderen Kommune in Baden-Württemberg. Er habe den Eindruck, dass dort die Maßnahmen nicht so streng eingehalten werden.

Herr **Dahler** geht auf die Verordnung des Ministeriums ein. In großen Anlagen sei der Außensport für manche Sportarten, wie Tennis, möglich. Kleine Gruppen sieht die Verordnung nicht vor, ausgenommen beim Spitzensport.

Herr **Wittmann** informiert zum Busverkehr. Hier stehe man im Austausch mit den Schulleitern der

weiterführenden Schulen und dem geschäftsführenden Schulleiter. In der Sekundarstufe 1 werde zeitversetzt mit dem Unterricht begonnen. Die LVL unterstütze mit Verstärkerbussen und evaluiere die Maßnahmen. Eine Maskenpflicht gilt an allen weiterführenden Schulen auch im Unterricht. Mit dem Thema mobile Luftreiniger habe sich die Verwaltung intensiv beschäftigt. Das Kultusministerium und das Umweltbundesamt empfehlen die bekannten Maßnahmen, wie Stoßlüften und Maskenpflicht, somit sei der Einsatz mobiler Luftreiniger nicht notwendig. Die Prüfung habe ergeben, dass in jedem Schulraum eine Fensterlüftung oder Lüftungsanlage gewährleistet sei.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass im Landkreis nur wenige Räume nicht belüftet werden können. Nach Information des Kultusministeriums seien von 67500 Schulklassen in Baden-Württemberg momentan 347 in Quarantäne. Die Rechtsgrundlage für die Maßnahmen sei das Infektionsschutzgesetz, dieses legitimiert die Länder bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Die verbindliche Umsetzung erfolgt durch Verordnungen, welche das Land erlässt. Dies seien die Corona Verordnung, Verordnungen für einzelne Bereiche und Allgemeinverfügungen auf Kreisebene sowie die Legitimation der Kommunen über lokale Allgemeinverfügungen.

Stadtrat **Heer** geht erneut auf die Lüftungsgeräte an Schulen ein. Er wünscht eine prophylaktische Maßnahme. Bessere Sicherheit und geringeres Risiko könnten eventuell durch diese Geräte gewährleistet werden.

Die derzeitigen Maßnahmen an den Schulen seien angemessen und ausreichend, merkt EBM **Seigfried** an. Sofern keine detaillierten Erkenntnisse und keine Förderprogramme vorliegen, werde man keine Initiative hinsichtlich mobiler Geräte ergreifen. Er geht auf die Belüftung im Sitzungssaal ein. Hier handle es sich um Testgeräte. Im Forum werde klassisch die Abluftanlage genutzt.

Beratungsverlauf:

Herr **Stierle** (FB Bildung und Familie) geht auf die Mitteilungsvorlage ein und berichtet aus dem Wissenszentrum, unterstützt durch einen Film Spot mit Wortmeldungen der Nutzer. Die Bibliotheksnutzung sei im interkommunalen Vergleich sehr gut. Die Bibliotheken seien soziale Orte mit unterschiedlichen Funktionen, merkt Herr Stierle an. Für das Jahr 2020 zieht er eine Zwischenbilanz. Anfang des Jahres habe es gute Zuwachszahlen gegeben mit vielen erfolgreichen Veranstaltungen. Bibliotheken generieren einen Mehrwert für die Bevölkerung. Dieses Konzept werde für die Zukunft weiterverfolgt. Für diese Entwicklung werden weitere Fördermittel eingeworben. Trotz aller Schließungen liege der Rückgang Stand heute zum Vorjahr lediglich bei 15 %. Weiter gibt er einen Ausblick auf das Jubiläumsjahr 2021.

EBM **Seigfried** dankt für den Bericht und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** dankt für den Bericht. Die Hybridveranstaltung sei eine Bereicherung in dieser Zeit und der Bücherbus ein Erfolgsmodell, welches bereits Generationen begeistert. Sie geht auf die BSS-Klausur ein. Ideen für das Jubiläumsjahr sollen bei der Bürgerschaft abgefragt werden, regt sie an.

Stadtrat **Meyer** dankt ebenso. Die Bilanz und Ergebnisse seien hervorragend und müssen jährlich mit dem Team neu erarbeitet werden. Insbesondere die Vermittlung an Kita- und Schulkinder sei ein wichtiger Baustein. Seit Jahren werden die digitalen Aspekte eingeübt und dies habe in dieser Zeit sehr geholfen. Das Angebot sei für alle Altersklassen. Für das Jubiläumsjahr fragt er nach einem Beitrag aus der Bürgerschaft, insbesondere hinsichtlich der Haushaltslage. Beeindruckend sei die Präsentation in der BSS-Klausur gewesen. Er dankt den ehrenamtlichen Helfern.

Dem Dank schließt sich Stadtrat **Dengel** an und lobt die Arbeit. Er hofft, dass weiter gute Ideen umgesetzt werden können.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** spricht über ein großes Spektrum und dankt ebenso für die gute Arbeit. Kultur sei momentan sehr wichtig und verbinde die Gesellschaft. Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Auch Stadtrat **Heer** dankt für das vielfältige Angebot.

Stadtrat **Müller** schließt sich dem Lob der Vorredner an. Er fragt nach den Plänen und dem aktuellen Stand der Bibliothek Schlöblesfeld.

Herr **Stierle** geht auf das Konzept der Zweigstelle der Zukunft ein. Im Haushalt seien derzeit hierfür keine Mittel eingestellt.

EBM **Seigfried** geht auf die Quartiersarbeit, Stärkung der Stadtteile und Bildungsangebote ein. Man brauche eine finanzielle Unterstützung aus dem privaten, gewerblichen Bereich oder über einen Fördertopf. Er dankt Herrn Stierle und dem gesamten Team.

abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Die Förderung gemäß den „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ wird im Jahr 2021 in den Paragrafen 2, 3, 4, 5 (1), 5 (2), 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 um jeweils 10 % gekürzt.
2. Die Förderung gemäß den „Richtlinien über die Förderung des Sports in Ludwigsburg“ wird im Jahr 2021

im Paragrafen 5 (3) um pauschal 25.000 Euro

im Paragrafen 13 um pauschal 16.000 €

im Paragrafen 14 um pauschal ~~5.000 €~~ 25.000 Euro

im Paragrafen 15 um pauschal 10.000 €

gekürzt.

3. Die Förderung des Schwimmsports, das Projekt „Schwimmfix“ sowie sonstige Sportprojekte werden um jeweils 10 % gekürzt, ebenso Projekte aus dem Bereich Gesundheit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der abweichende Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht auf die aktuelle finanzielle Lage ein.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) informiert zur Vorlage. Die Förderungen in Ludwigsburg seien detailliert und man hat versucht mit einer pauschalen Kürzung das Einsparziel zu erreichen. Er weist auf einen Fehler im Beschlussvorschlag hin. Im Begründungsteil sei § 10 und § 5(3) aufgeführt. Weiter geht er auf die Stellungnahme des Stadtverbandes für Sport ein. Die Sportlerehrung könne lediglich in einem kleinen Rahmen stattfinden.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Die Sportlerehrung sei verzichtbar, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Derzeit sei Solidarität gefragt. Die Pandemie Misere sei noch lange zu bewältigen. Sie hofft, dass die Vereine sich schnell erholen werden und die Mitglieder treu bleiben. Die Einschränkungen seien notwendig und müssen umgesetzt werden.

Stadtrat **Klotz** sieht es als unglücklich an, heute über Sport und nicht über die Kultur zu beraten. Er wünscht eine Gleichbehandlung. Bei der Grundförderung solle nicht gespart werden. Dies sei für die Kalkulation der Vereine eine gewisse Sicherheit. Weiter geht er auf eine geringere Ausschüttung bei den Übungsleiterzuschüsse ein. Analog solle dies bei den kulturtreibenden Vereinen ebenso gesehen werden.

Die Marge sei bei Sport und Kultur gleich, ergänzt EBM **Seigfried**. Jedoch werde dies in unterschiedlichen Ausschüssen beraten.

Stadträtin **Moersch** wünscht eine entsprechende Beschlussvorlage ebenso für die Kultur. Die Betroffenen sollen mit einbezogen werden. Die Stellungnahme des Stadtverbandes sei wichtig. Sie wird dem Vorschlag zustimmen.

Die Zeiten seien für alle schwierig, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Er sieht ebenso eine Kopplung mit dem Kulturbereich als richtig an. Er könne dem Vorschlag folgen.

Stadtrat **Heer** geht auf den Vorschlag des Stadtverbandes ein und wünscht ebenso einen Beschluss im Gemeinderat als Gesamtpaket. Die Diskussion solle noch offen bleiben. Eventuell könne in anderen Bereichen ebenso Einsparpotentiale generiert werden.

Stadtrat **Müller** sieht die Kürzung als zu pauschal an. Insbesondere geht er auf das Projekt „Schwimmfix“ ein. Dieses Projekt wolle er von der Kürzung ausnehmen. Für dieses Jahr sei dies Corona bedingt vertretbar gewesen.

EBM **Seigfried** schlägt vor heute einen Empfehlungsbeschluss zu fassen. Er formuliert einen geänderten Vorschlag. Die Grundförderung werde nicht gekürzt.

EBM **Seigfried** lässt zunächst über den Änderungsantrag von Stadtrat Müller abstimmen. Dieser wird mit 1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

EBM **Seigfried** lässt über den abweichenden Empfehlungsbeschluss, wie oben eingefügt, abstimmen.

Stadträtin **Wiedmann** wünscht zum Projekt „Schwimmfix“ nähere Informationen. Sie geht davon aus, dass in den ersten Monaten des kommenden Jahres das Projekt noch nicht stattfinden könne.

Herr **Dahler** teilt mit, dass die Durchführung des Angebotes Corona bedingt unsicher sei. Sofern zum Jahresanfang kein Angebot durchgeführt werde, könne man eventuell bis zum Jahresende mehr Klassen beteiligen, sobald die Möglichkeit gegeben sei. Das Budget sei gekürzt und werde bestmöglich eingesetzt.

abweichender Beschluss:

Die Förderung des Sportinternats Ludwigsburg wird in den Jahren 2021 ~~und 2022~~ um 10 % auf ~~jeweils~~ 67.500 € ~~p.a.~~ gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die Beratungen im Jahre 2017 ein. Der Umbau habe gut funktioniert und aktuell gebe es auch für das kommende Jahr Anfragen. Wirtschaftlich sei das Internat ordentlich aufgestellt. Kleine Rücklagen konnten erreicht werden. Kurzfristig könne man die Kürzung verkräften. Langfristig wünsche man die ursprüngliche Förderung.

Soweit die Finanzierung nicht ausreiche, werde der Fehlbetrag den Familien angelastet, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** und hofft auf keinen weiteren Lock down.

Stadtrat **Klotz** beantragt die Zuschussreduzierung zunächst auf ein Jahr zu beschränken. Die Rücklagen könne die Zuschussreduzierung für ein Jahr auffangen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** geht davon aus, dass bei Besserung der Finanzsituation die Reduzierung zurückgenommen werde. Für das kommende Jahr werde er einer Reduzierung zustimmen.

Ebenso werde Stadträtin **Moersch** einer Reduzierung für ein Jahr zustimmen. Die Betroffenen sollen mit einbezogen werden.

EBM **Seigfried** geht auf die Konsolidierungschargen ein. Es gebe Kürzungsvorschläge auf Dauer, eine unmittelbare Kürzung sowie mehrjährige Kürzungen. Die Verwaltung schlägt die Kürzung auf zwei Jahre vor. Dies sei nach Einschätzung der Verwaltung vertretbar.

EBM **Seigfried** lässt über den Änderungsantrag von Stadtrat Klotz abstimmen. Dieser wird mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

EBM **Seigfried** lässt über den abweichenden Beschluss, wie oben eingefügt, abstimmen.

abweichender Beschluss:

1. ~~Das~~ Beim Stellenkontingent von 5,1 Stellen im Bereich Sprachförderung an Schulen ~~wird bis zum 31.12.2021~~ *werden im Jahr 2021* um 3,3 Stellen nicht besetzt. ~~auf 1,8 Stellen gekürzt. Dies ermöglicht Minderausgaben der Personalkosten in Höhe von jeweils ca. 143.000 € in den Jahren 2020 und 2021.~~

2. Die Haushaltsmittel für Fortbildungen und Lernmittel für die Sprachförderung in Kitas werden in 2021 um 21.900 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Pandemiebedingt waren viele Fördergruppen nicht umsetzbar, so Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie). Die derzeit unbesetzten Stellenanteile werden zur Kürzung vorgeschlagen. Sollte die Nachfrage deutlich steigen, werde man gegebenenfalls auf Honorarkräfte und ein aufwandsentschädigtes Ehrenamt zurückgreifen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Das Ludwigsburger Modell sei beispielhaft und sollte nicht angetastet werden, merkt Stadtrat **Sorg** an. Es sollten keine Kinder in der Bildung zurückgelassen werden. Nähere Information wünscht er zum Zeitplan und dem Engagement der Kreissparkasse. Es sei akzeptabel Corona bedingte Ausfälle nicht zu besetzen. Zeitnah solle das Angebot wieder hochgefahren werden.

Stadtrat **Meyer** wünscht weitere Klärung. Momentan gebe es keine Schließung der Schulen und somit könne eine Sprachförderung stattfinden. Zudem fragt er nach dem Etat für die Honorarkräfte. Dem Verwaltungsvorschlag könne er nicht zustimmen und beantragt eine Änderung des Stellenkontingentes. Eine Kompromisslösung sehe er zudem im Zeitrahmen. Das Angebot solle auf einem hohen Niveau gehalten werden.

Stadträtin **Moersch** vertraut auf die Verwaltung. Die Sprachförderung, insbesondere das erfolgreich umgesetzte Ludwigsburger Modell, sei ihr wichtig. Sie werde den Vorschlag der Verwaltung mittragen. Sie wünscht eine erneute Beratung im kommenden Jahr.

Sprache sei ein Schlüssel zum Erfolg und wichtiger Baustein in der Entwicklung der Kinder, merkt Stadträtin **Metzger** an. Sie vertraue ebenso der Verwaltung und wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Ebenso zustimmen wird Stadtrat **Heer**. Die Schulen fördern in allen Bereichen und können dies kompensieren.

Stadtrat **Müller** wünscht Klärung zu den momentanen Angeboten. Weiter geht er auf den

Zeitraumen ein und wünscht hier eine Klarstellung. Die Kitaförderung sei ebenso betroffen und er fragt nach den Konsequenzen.

Frau **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Sprachförderung wurde bereits wieder aufgenommen. Man müsse pandemiebedingt versetzt beginnen und habe dadurch einen Zeitverlust. 80 bis 100 Personen seien über eine Aufwandsentschädigung an den Schulen aktiv. Dieser Bereich solle nicht angetastet werden, da hierdurch bei einer steigenden Nachfrage reagiert werden könne. Das Projekt der Kreissparkasse laufe weiter. Weiter geht sie auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen ein. Hier gehe es um zusätzliche Fortbildungsmittel.

EBM **Seigfried** formuliert den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion vom Stellenkontingent von 5,1 im Jahr 2021 und 2022 jeweils zwei Stellen nicht zu besetzen und lässt hierüber abstimmen. Dieser wird mit 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Danach formuliert EBM **Seigfried** einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben eingefügt und lässt hierüber abstimmen.

TOP 6

1. Bauabschnitt: Sanierung und Erweiterung des
Evangelischen Kinder- und Familienzentrums bei der
Kreuzkirche, Auf dem Wasen 33Vorl.Nr. 339/20

Beschluss:

Mit dem Austausch der veralteten Heizungsanlage und der dazugehörenden energetischen Sanierung im Evangelischen Kinder- und Familienzentrums bei der Kreuzkirche, Auf dem Wasen 33, soll aus Gründen der besonderen Dringlichkeit noch in diesem Jahr begonnen werden. Die städtische Förderung beläuft sich auf rund 254.000 Euro und wird im Vorgriff auf den Haushalt 2021 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Förderung der Baumaßnahme „Sanierung des Flachdaches im Bereich des Altbaus“ im katholischen Kindergarten Sonnenhaus, Landäckerstr. 11 wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 66.100 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird einstimmig mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Wohnen und Soziales) berichtet über die Auswirkungen der Rechtsänderungen und geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Dieses Jahr habe es lediglich 20 Wohnungswechsel bei geförderten Altbauwohnungen gegeben. Die geförderten Neubauwohnungen seien im Mietpreis deutlich teurer als Altbauwohnungen. Knapp 50 Wohnungen seien neu bezogen worden. Der Kreis der Wohnberechtigungsscheine habe sich massiv erweitert.

EBM **Seigfried** geht auf die veränderten Rahmenbedingungen ein. Im Bestand gebe es wenige Veränderungen. Bei Wohnungen nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz gebe es Änderungen, insbesondere geht er auf das Objekt an der Heinrich-Schweitzer-Straße ein und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Dengel** geht auf die Fehlbelegungsabgabe ein. Dieses Thema solle wieder aufgegriffen werden.

Die Problematik müsse nicht kommunal, sondern landespolitisch geklärt werden, merkt EBM **Seigfried** an.

Stadtrat **Heer** geht auf die Einkommensgrenzen und die Auswirkungen ein.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass die konkreten Auswirkungen erst nach ein paar Jahren analysiert

werden können. Mehr Personen erhalten jetzt einen Wohnberechtigungsschein, jedoch stehe der Wohnraummangel entgegen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht auf den Antrag Nr. 177/20 ein und gibt dem Antragsteller das Wort.

Stadtrat **Sorg** dankt für die Prüfung der Unterkünfte und dem durchaus ausgewogenen Vorschlag, auch wenn er sich mehr gewünscht habe. Er geht auf die Wichtigkeit der digitalen Infrastruktur ein, vor allem in der derzeitigen Corona Pandemie. Er bittet um eine Prüfung ein halbes Jahr nach Einrichtung der Räume auf die Nutzbarkeit.

Stadtrat **Meyer** wünscht zur Raumnutzung eine klare Regelung. 25.000,--Euro würden für das Jahr 2021 benötigt werden. Darüber müsse ein Beschluss getroffen werden. Mit einem Fazit ohne Konsequenzen komme er schwer klar.

In der Umsetzung gebe es noch Verbesserungsmöglichkeiten, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Der Digitalpakt müsse umgesetzt werden. Der Schritt sei richtig. Insbesondere geht er auf die Lernräume in der Unterkunft Bebenhäuser Straße ein. Er bittet die Verwaltung um Prüfung, ob dortige Kellerräume ebenso hierfür geeignet seien und um eine Gegenüberstellung der Investitionskosten zu den wegfallenden Mieteinnahmen.

WLAN sei eine Notwendigkeit in den Einrichtungen für eine Teilnahme und einem digitalen Austausch, merkt Stadtrat **Heer** an. Die Nutzung des Raumes müsse geklärt werden.

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement, Wohnen und Soziales) geht auf die Mitteilungsvorlage ein und berichtet. Eine Nachfrage für die Nutzung der Kellerräume werde beim Hochbauamt erfolgen. Die Raumnutzung könne er sich mit einer zeitlichen Beschränkung vorstellen.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Unterkunft Mörikestraße ein. Hier ginge er bisher davon aus, dass überwiegend alleinstehende Männer untergebracht werden. Ihm gehe es in erster Linie Lernorte auszustatten. Die Mörikestraße sehe er nicht prioritär.

Die Mörikestraße werde gemischt belegt, fügt Herr **Henning** hinzu.

Die Installationsvorbereitungen sollen bei der Unterkunft Mörikestraße erfolgen, so Stadtrat **Heer**.

Aufgrund der Beratung wird die Verwaltung eine Vorlage mit konkreten Vorschlägen und der erforderlichen Finanzierung erstellen, die in den Haushaltsberatungen abschließend beraten wird, teilt EBM **Seigfried** mit.

Im Anschluss schließt EBM **Seigfried** den öffentlichen Teil der Sitzung.